

Zukunftslobby e.V.

PDF-Publikation Nr.7

Diesen Text können Sie auf der Website www.zukunftslobby.de gegen eine freiwillige Spende in Höhe von 2,50 Euro herunterladen. – Textumfang: 12 Seiten.



Wir bitten zu beachten: Der Text ist ausschließlich zur Argumentation in der öffentlichen Diskussion bestimmt. Er darf, ob ganz oder in Teilen, nicht für kommerzielle Zwecke oder zum persönlichen Vorteil genutzt werden. Seine Verbreitung ist unter Angabe der Quelle, gerne auch gegen eine Spende, ausdrücklich erlaubt. (Es gelten die Copyright-Bestimmungen von Zukunftslobby e. V.).

„Über-Kolumne“, Teil 2 (9/2012 bis 7/2013)

Eine Textreihe zu Politik und Gesellschaft von Carl Christian Rheinländer sen. (Erschienen von Oktober 2011 bis September 2017 im „Hunsrückspiegel“)

Über Bäume im Ort (September 2012)

Etliche Leute schwärmen nach ihrem Urlaub in altherwürdigen und kulturell bedeutsamen Orten auch von den tollen Bäumen dort. Ob nun in Frankreich, in Österreich, in Kroatien oder in anderen Ländern, sie empfanden es als besonders angenehm unter der ausladenden Krone eines Baumes, der ebenso alt schien wie das historische Gemäuer daneben. So konnten sie die Hitze gut aushalten und den Alltagsstress vergessen.

Fremde Dörfer, die sich ihren historisch gewachsenen Charme noch bewahrt haben, versprühen eine seltsam einladende Vertrautheit auf uns. Neben der besonderen handwerksbetonten Architektur, der lieblichen Gestaltung der Plätze und Straßenräume und der Farbigkeit traditioneller Baustoffe geht diese wohltuende Wirkung ebenso von den dort wachsenden Bäumen aus.

In kleinen deutschen Orten könnte es auch so aussehen. Doch mit wenigen Ausnahmen wurde eine kontinuierliche Baumbestandspflege hier jahrzehntelang vernachlässigt. Meist gibt es nur die Bäume auf den öffentlichen Flächen, recht junge Exemplare ohne größere Krone, denen man fast schon ansieht, wie wenig sie geschätzt werden. Ihnen scheint vor allem die Aufgabe zugeteilt, die sterile Umgebung aus kahlen Häusern, öden Flächen und städtebaulichen Moden notdürftig aufzuhübschen.

Auf privaten Flächen, die an öffentlichen Raum grenzen, sind Bäume selten geworden. Ob Hausbesitzer Angst vor ihnen haben, vor ihrem Drang größer zu werden, vor der scheinbaren Unkalkulierbarkeit des Lebendigen in ihnen? Das fallende Laub in der Herbstzeit bezeichnen viele Zeitgenossen als „Dreck“, der ihnen in den Hof wirbelt und den sie dann, - Welch eine Unverschämtheit?! -, aufkehren müssen. Verlieren die Bäume an unseren Urlaubsorten etwa keine Blätter? Offenbar bewerten die Leute dort dieses kleine Manko gegenüber den großen Vorteilen ihrer grünen Nachbarn völlig anders.

Bäume zwischen den Häusern bringen Atmosphäre, - sagten wir schon. Sie bringen nicht nur Schatten, sie kühlen auch ihre Umgebung aktiv durch die Verdunstung von Wasser. Indem sie Kohlendioxid aufnehmen und Sauerstoff produzieren sorgen sie für die Wachheit des Geistes jener, die sich unter ihnen aufhalten. Sie binden große Mengen Staub und auch Schadstoffe aus der Luft und sorgen so für eine messbar bessere Atemluftqualität. Sie sind Stützpunkt für

Vögel, die Insekten ums Haus herum vertilgen. Wer aber Herbstlaub als „Dreck“ bezeichnet, soll sich doch an die eigene Nase fassen und mal überlegen, wie sehr er durch eigene Alltagsgewohnheiten Abgase, Müll und Umweltzerstörung verursacht. Dies ist wirklich DRECK, giftig und problematisch und etwas ganz anderes als die biologisch abbaubaren Reste eines pflanzlichen Organismus während der Wachstumsperiode.

Wir sollten ein neues Selbstverständnis gegenüber Bäumen nahe unseren Häusern entwickeln. Um stattliche Bäume im Ort zu bekommen, braucht es nur zwei Dinge: Man muss junge Bäume pflanzen, und man darf sie nicht beschädigen oder absägen.

Beim Pflanzen ist wichtig: Die Baumart muss von vorne herein zum Standort passen. Einen zu stark wachsenden Baum später zu kappen, schadet seinem Organismus und ist sehr arbeitsaufwändig. Ein junger Baum muss in den ersten Jahren behutsam erzogen werden. Rechtzeitiger und regelmäßiger Schnitt verursacht nur kleine, gut heilende Wunden. Später braucht er dann kaum noch Pflege. Viele Bäume sterben noch etliche Jahre nach groben Rückschnittaktionen von Leuten mit Kettensäge aber ohne jeglichen Sachverstand. Durch große Wunden dringen Fäulnis, Bakterien und Insekten in den Baumkern, vergiften ihn oder zerstören seine Standfestigkeit.

Wollen wir mehr stattliche gesunde Bäume in unsere Orte bekommen, müssen mehr Bürger eigene, am öffentlichen Raum angrenzende Flächen als Baumstandorte zulassen. Weil sie damit einen wichtigen Beitrag zum Gemeinwohl leisten, sollten sie entsprechende fachliche Unterstützung und eine Wertschätzung bekommen. In kleinen Kommunen, die sich keinen Baumbeauftragten leisten können, sind gewissenhafte Bürger aufgefordert, nach kurzer Schulung diesen wichtigen Dienst am zukünftigen Ortsbild ehrenamtlich zu besetzen. Regional könnten sie sich auch zu Vereinen zusammen schließen und ihre Erfahrungen austauschen. Zugegeben: Es wird eine ganze Weile dauern, bis neue Bäume auch hier Urlaubsatmosphäre versprühen. Je früher wir aber beginnen, desto eher wird etwas daraus.

Über Politikersprache und die Folgen (Oktober 2012)

Wer kennt sie nicht, jene Zeitgenossen unter uns, die viele Worte machen, meist um sich selbst, um ihre Position oder für ihren Vorteil. Wir nennen sie Großmaul, Schlipswichser oder Lackaffe und wenn man mit ihnen nicht direkt zu tun hat, kann kurzes Zuhören sogar recht unterhaltsam sein. Einige von uns sind allerdings nicht so frei, sich schmunzelnd mit dem Gedanken umzudrehen: „Mensch, was für ein dummes Geschwätz.“ Womöglich haben sie so jemanden als Chef oder besitzen nicht die Antennen, um rechtzeitig zu erkennen, welches Theater ihnen vorgemacht wird. Da kann es dann schon mal deprimierend, peinlich oder teuer werden.

Für uns alle aber äußerst unangenehm wird es, wenn solche Blender in der Politik sitzen. Diese übt eine besonders große Anziehungskraft auf Leute mit übersteigertem Ego aus. Alle großen Parteien brauchen selbstsicher auftretende Wortführer, die öffentlich die Trommel schlagen, den Medien Interviews geben, Wahlkampfreden aufführen oder im Bundestag die Gegner in Schach halten. Der Blender kann als Parteipolitiker also leidenschaftlich seiner Macke frönen und wird dafür auch noch blendend bezahlt.

Auch kann er in der Politik seine Nebelwerferei noch verfeinern, bis sie nur noch wenige Leute gleich erkennen. Hierfür gibt es allerlei Schulungen in Fremdwortkunde, sicherem Auftreten, Erwidierungsstrategien in Wortgefechten, Ausweichtaktiken bei riskanten Fragen oder ganz allgemein das öffentliche Viele-Worte-Machen, ohne genaues zu sagen.

Schließlich findet der Blender in der Politik die beste Tarnung für seinen fehlenden

Sachverstand. Im großen Rudel von Kollegen, die auch nur hochtrabend um nicht verstandene Probleme herumreferieren, fällt er am wenigsten auf.

Nicht alle Politiker sind so. Vereinzelt und in sämtlichen Parteien findet man auch gewissenhafte und selbstkritische Leute, die aber nie hochkommen. Je einflussreicher die Position, desto eher ist sie mit einem Blender besetzt. Offenbar ist in unserem politischen System die Fähigkeit zur vornehmen Dummschwätzeri erstes Kriterium für eine steile Karriere. Vielleicht mangelt es den behilflichen Parteifreunden an Menschenkenntnis oder auch an Kenntnis des jeweiligen Themas, so dass sie sich schnell einwickeln lassen.

Vielleicht ist in deutschen Parteien das Emporkommen der ärgsten Dummschwätzer auch gewollt, weil sich gewöhnliche Parteimitglieder mit solch einem Vorsitzenden den maximalen Nutzen für sich selbst versprechen. Jedenfalls können die Parteien ihre Existenzberechtigung vor dem Volk überhaupt nur mittels kraftvoll auftretenden Blendern aufrecht erhalten. Deren großmäuliges Kauderwelsch soll übertünchen, dass sie unfähig für ihren Job sind. Gegenüber den drängenden Problemen unserer Zeit haben sie keinerlei schlüssige Antworten und nicht den Funken einer neuen Gesamtstrategie zu bieten.

Vollständig wird diese Betrachtung aber erst, wenn wir auch die Adressaten politischen Geschwätzes berücksichtigen. An die Macht kommen Blender ja nur mit Hilfe von vielen Millionen Wählerinnen und Wählern. Zur Bundestagswahl 2009 hat immerhin ein Drittel aller Wahlberechtigten für CDU und FDP gestimmt, und dies reichte zum Regieren. Nimmt man die SPD noch dazu, so kommt man auf einen Anteil von 50 % aller erwachsenen Deutschen, die damals ihre Zukunftsaussichten in die Hände von überwiegend Hochstaplern, Pöstchenjägern, Bullshitspritzen und Lobbymarionetten legten.

Nach dem politischen Elefantismus des Helmut Kohl und dem professionellen Dilettantismus des Gerhard Schröder, hat uns dies den kurzatmigen Aktionismus von Angela Merkel beschert. Die Wirklichkeit dieser drei Regierungssysteme war und ist die Illusion, sei es nun die eigene, weil Selbstüberschätzung mit Befähigung verwechselt wird oder sei es die des Volkes, welches einen Halt sucht, aber nur leere Versprechen findet.

So hat Politikersprache den ersten Zweck, zu verkaufen, was man gar nicht besitzt. Wenn aber Pfuscher, Kurzsichtige und Strohmannen an den Schaltstellen der Gesellschaft sitzen, sind Krisen unvermeidbar. Damit ist die Ursache aller Krisen die falsche Wahl. Doch was wäre die richtige? Hätte eine neue realistische Partei mit effektiven und umfassenden Ansätzen denn überhaupt eine Chance gegen die Macht der inszenierten Worte und Halbwahrheiten ihrer Gegner?

Über Experten und Scheinexperten (November 2012)

Was tut man, wenn man sich mit einer Sache nicht auskennt? – Man befragt einen Experten, etwa einen Handwerker, einen Fachhändler, den Hausarzt, usw., denn schließlich sucht jeder von uns die möglichst beste Lösung für sein Problem. In manchen Fällen aber sind wir über das Ergebnis hinterher nicht so sehr begeistert, haben schlechte Arbeit, ein unbefriedigendes Produkt oder den falschen Rat bekommen. Eben dumm gelaufen. Ja jeder, der nicht naiv ist, weiß: Es gibt gute und schlechte Experten.

Daneben begegnen uns Experten jeden Tag im Radio, im Fernsehen oder in der Zeitung. Journalisten sind permanent auf der Suche nach ihnen, damit sie zu allen gerade brennenden gesellschaftlichen Themen ihren Expertenkommentar abgeben. Neben den eher banalen Themen, - Fußballexperten kommentieren das Unvermögen der Nationalmannschaft, Weltraumexperten erklären die Greifarmtechnik des Marsroboters, Autoexperten loben die

neue elektronische Einparkautomatik, Schönheitsexperten versichern die Unbedenklichkeit verbesserter Silikonkissen, usw., - gibt es die wirklich zukunftsentscheidenden Fragen, wo uns der falsche Expertenrat in langanhaltende Schwierigkeiten bringt.

Beispiel Energie: In den 1970er Jahren erzählte man dem Volk, Atomkraft sei beherrschbar und die sinnvollste Art der Energieerzeugung. Andere Experten warnten vor gewaltigen Gefahren und empfahlen, stattdessen Energie aus Sonne und Wind zu fördern. Dafür wurden sie belächelt, ignoriert und in linke und unwissenschaftliche Ecken geschoben.

Beispiel Euro: Vor dessen Einführung warnten etliche Wissenschaftler, durch die riesigen Unterschiede in der Produktivität europäischer Staaten könne das Experiment mit gemeinsamer Währung nicht lange gut gehen.

Beispiel Wirtschaftswachstum: Nichts wächst unaufhörlich, erst recht nicht exponentiell. Zwangsläufig muss ein Punkt kommen, wo sich die Sache ins Negative umkehrt oder gar völlig zerplatzt. Trotzdem beschwören heute noch altbekannte Starökonomien Wirtschaftswachstum als Heilmittel.

Nicht auszudenken, was wäre, wenn Deutschland, -Beispiel Energie-, statt auf Experten der Atom- und Kohlewirtschaft zu hören, frühzeitig auf regenerative Energien gesetzt hätte. Keine Chinesen hätten uns damals kopiert. Wir wären seit 40 Jahren technologischer Weltmarktführer. Unsere Energiepreise wären dauerhaft niedrig. Unsere Wirtschaft hätte einen kaum einzuholenden Standortvorteil. Wir könnten Federn in die Luft blasen, wenn, - ja wenn diese elenden Altparteien mit der profitgeilen Industrielobby dahinter nicht immer schon parteilinientreu bestimmt hätten, welchen Experten zu folgen sei.

Wenn wir einen Expertenrat schon im Vorfeld als nur problemaufschiebend oder aber als wirklich hilfreich erkennen wollen, sollten wir folgendes fragen: Erstens: Ist der Experte nur ein Wiederkäufer altbackener Schulweisheiten, reproduziert er selbstgefällig lediglich aufgefrischte Antwortschablonen? Oder nimmt er sein erlerntes Grundwissen als Handwerkszeug, um damit in der aktuellen Problemsituation neue Überlegungen zu entwickeln? Zweitens: Steht der Experte in irgendeiner Verbindung zur Industrie oder anderen Interessengruppen? Wird sein Institut, sein Lehrstuhl oder anderes aus der Privatwirtschaft gesponsert, wie beispielsweise manche Bienenforscher durch die Insektengiftindustrie oder manche Rentenexperten durch Versicherungskonzerne? Versucht der Experte im Interview irgendwie eine subjektive Position mehr oder weniger unauffällig nach vorne zu bringen?

Gerade in diesen Zeiten müssen wir sie nach Hause schicken, die faulen und eitlen, die feigen und opportunistischen, die vorteilsbedachten und die einäugigen Scheinexperten. Wir brauchen auch keinen Journalismus, der einen Parteiideologen etwa als Finanzexperten vorstellt, nur weil derjenige BWL studiert hat, täglich über Wachstum lamentiert und mal die Kaffeekasse verwalten durfte. Und wir brauchen nicht die penetrante Art und Weise der großen Parteien, die stets jene Experten präsentieren, welche die jeweilige politische Ideologie absegnen.

Wir brauchen bereichsübergreifenden Sachverstand statt Prominenz, Generalisten statt Fachidioten und völlig neue Thesen statt Geklammere an eingeschliffene Vorrechte, hochgestochene Europafantasien und gängige Wirtschaftsstrukturen.

Über Energiepreismärchen (Dezember 2012)

Vor genau 200 Jahren erschienen die Märchen der Brüder Grimm zum ersten Mal. Gerade jetzt, in der dunklen, kalten Jahreszeit, kommt uns zu ihrem Werk auch die passende Szenerie

in den Sinn: Im warmen, gemütlich beleuchteten Zimmer lauschen kleine Kinder mit großen Augen gespannt den Geschichten um tapfere Helden und böse Betrüger, die der Großvater mit sonorer, geheimnisvoller Stimme zum Besten gibt.

Weniger gemütlich geht's dagegen zu, wenn die altbekannten Märchenonkel aus Politik und Wirtschaft ihrem leichtgläubigen Publikum unablässig den haarsträubendsten Unsinn ins Ohr träufeln.

Bestes aktuelles Beispiel dafür ist das Thema Energie. Die Großkonzerne und ihre Strohleute in der Regierung, genannt FDP, verbreiten das Märchen, dass eine Energiewende möglich wäre, ohne die alten Strukturen der Energiewirtschaft aufzugeben. Ihr Propagandabüro mit dem Tarnnamen „Neue Soziale Marktwirtschaft“ plakatiert derzeit aggressiv etwa in Bahnhöfen gegen das EEG, das Erneuerbare-Energien-Gesetz. Angeblich sei es die Hauptursache von Strompreiserhöhungen. In Wahrheit aber ist es nur ein effektives Werkzeug, um die alten Monopole zu brechen und zukünftigen Strompreissprüngen den Boden zu entziehen.

Die SPD liebäugelt immer noch gerne mit den Kohlekonzernen. Die CDU ist völlig ohne Konzept. Ihr Umweltminister Peter Altmaier sagte kürzlich, einen Masterplan für die Energieentwicklung könne es nicht geben, weil man jetzt nicht wisse, welche Situation in einigen Jahren im Energiebereich herrsche. Au weia, Herr Altmaier, in einigen Jahren - das ist doch so sicher, wie das Amen in der Kirche -, werden sich Öl, Gas, Kohle und Uran, derart verteuert haben, dass es uns regelmäßig schlecht wird beim Erhalt der Stromrechnung. Dies muss doch jedem normal denkenden Menschen klar sein, wenn er die weltweite Entwicklung beobachtet!!!

Die Frage ist doch: Wo wollen, ja wo müssen wir denn überhaupt hin? Antwort: Wir brauchen eine Energieversorgung, die erstens umweltpolitisch sauber, also unseren eigenen Enkeln gegenüber verantwortbar ist, und wir brauchen eine, die auf Dauer bezahlbar ist. Der Weg dorthin ist zwar steinig, aber die Aussicht doch auch höchst erfreulich: Erstens würden keine arabischen Ölscheichs, keine russischen Gasfürsten und keine australischen Uranbonzen mehr die Brennstoffpreise diktieren. Zweitens würden keine Stromkonzerne mehr mit abkassieren, und viele Milliarden blieben in den Taschen des Volkes. Und drittens wären die Menschen, die Regionen und erst recht die mittelständische Wirtschaft uneingeschränkter Herr über das, was die moderne Gesellschaft am dringendsten braucht: über die elektrische Energie.

Leider konnten die Erfinder des EEG dieses nicht immun machen gegen umweltpolitische Dilettanten, die nach ihnen das Ressort besetzten. Statt die Sache intelligent und zügig weiter ins Ziel zu geleiten, hat die große und die jetzige Koalition die Idee gegen die Wand gefahren. Immer mehr Großbetriebe werden von der EEG-Umlage befreit und die privaten Verbraucher müssen alles mitbezahlen. Die Politik schmeißt also nicht nur noch zusätzliche Steine auf den Weg in die Unabhängigkeit, ja sie setzt uns Bürgern auch noch fette Faulpelze auf die Schultern, die wir mitschleppen sollen.

Besser noch allerdings als mit dem EEG, kämen wir mit totaler Preisgerechtigkeit, also echter Marktwirtschaft, zu dauerhaft niedrigen Strompreisen. Würden alle in Steuern und sonst wo versteckten Teilkosten, alle Altsubventionen und alle an Klima und Böden verursachten Schäden auf der Stromrechnung aufgelistet, wäre deutlich: Für die Kilowattstunden aus Gas (1 Euro), aus Öl (gut 1,25 Euro), aus Kohle (über 1,50 Euro) und aus Kernkraft (über 2,25 Euro) zahlt das Volk sich dumm und dämlich. Strom aus Wind- und Photovoltaikanlagen dagegen ist frei von Folgeschäden, liegt heute bei 20 bis 30 Cent und würde mit steigendem Anteil nur billiger. Merke: Sonne und Wind schicken keine Rechnung!

Deshalb muss Schuss sein mit den Energiepreislügen!! Es wäre doch toll, wir könnten in ein paar Jahren unseren Kindern im warmen, gemütlichen Zimmer nicht irgendwelche Märchen, sondern unsere eigene und wahre Heldengeschichte erzählen. Diese würde davon handeln, wie wir damals die wirkliche, unsere Energiewende geschafft haben, gegen die mächtigen, alten Interessenverbände, und zwar gemeinsam als Volk, das es satt hatte, bevormundet, belogen und ständig abgezockt zu werden.

Über effektive Kommunalpolitik (Februar 2013)

Den deutschen Kommunen geht es finanziell mehr als schlecht. An dieser Tatsache rüttelt auch nicht der Verweis auf einige besserdastehende Städte, die durch seltene Standortvorteile oder Gewerbesteuer von NOCH florierenden Firmen schwarze Zahlen schreiben. Immer mehr der früher üblichen kommunalen Aufgaben in Kultur, Sozialem, Bauwesen, Freizeit, Forst und anderen Infrastrukturbereichen werden zusammengestrichen.

Der Investitionsrückstand aller Kommunen, so wurde im Januar berichtet, beträgt mittlerweile über 100 Milliarden Euro. Und keinerlei Trendwende ist in Sicht. Ist denn Kommunalpolitik, die sich nicht selbst verbraucht, sich nicht überschuldet und in Not gerät und trotzdem stark und umfassend zum Wohle der Gemeinschaft handelt, überhaupt noch vorstellbar? Kann Kommunalpolitik jemals wieder effektiv sein?

Hier müssen wir zunächst den Unterschied zwischen dem Wort **EFFEKTIV** und dem in letzter Zeit inflationär benutzten Wort **EFFIZIENT** klären. Effizient bedeutet, irgend etwas in guter Art und Weise zu machen, während effektiv bedeutet, das Gute zu machen. Mit anderen Worten: **EFFIZIENT HANDELN** geschieht innerhalb eines vorgegebenen Rahmens, einer Begrenzung, während **EFFEKTIV HANDELN** auch einen solchen Rahmen in Frage stellen kann, falls er verhindert, das Beste tun zu können.

Ab hier wird deutlich, wieso nahezu alle Politiker von **EFFIZIENTEN** Maßnahmen, Planungen, oder Entscheidungen sprechen. Ihr Denken reicht nicht über den eingrenzenden Rahmen hinaus, der schon fast als gottgegeben und unantastbar angesehen wird. Dieser Rahmen ist das derzeit herrschende ökonomische System, mit seinem quantitativen Wachstum, rein materiellen Wohlstand und rücksichtslosen Wettbewerb. Auf der Suche nach Profit schleift es auch die Grundlagen kommunaler Selbstverwaltung und regionaler Wirtschaft und untergräbt gewachsene ländliche Werte und Eigenheiten einer jeden Gegend. Schließlich bleibt nur resignierte Unterwerfung unter Globalisierung und EU-Vorschriften.

Die Kommunen müssen erkennen, dass sie mit Symptombekämpfung, wie weiterer Steuer-, Gebühren- und Abgabenerhöhung, ihre Attraktivität nur noch mehr zerstören. Wollten sie endlich effektive Politik machen, müssten sie gegen den vorgegebenen Rahmen aufbegehren. Leider aber sind in die kommunalen Parlamenten selten die geeigneten Leute hinein gewählt worden, um so etwas überhaupt nur zu denken. Und leider pflegen manche dort gar eine der drei fatalen Politikereigenschaften und sind fantasielos, faul, oder feige.

Gewissenhafte Kommunalpolitiker müssen erkennen, dass mit Mut, Fleiß und Fantasie und ohne Berührungsängste gegenüber Ungewohntem, ganz neue Perspektiven erschließbar sind. Alte ökonomische Zöpfe der eigenen Partei gehören abgeschnitten. Uraltrepte müssen in Frage gestellt werden, wie Bau- und Gewerbegebietserschließung, welche nur die Landschaft zerstört und sinnlose Konkurrenz zwischen den Kommunen anheizt. Es braucht breite Kritik gegenüber der Landesregierung, die Großunternehmen, Rennstrecken, Fußballstadien und Moselbrücken sponsert, aber dann nur Schuldenverlagerungs-Schnickschnack wie den

kommunalen Entschuldungsfond anbieten kann.

Von der Bundesregierung müssen die Kommunen radikale Maßnahmen gegen das Ausbluten einfordern, wie etwa gestaffelte Einkommensbesteuerung, mehr Vorrang für regionale Produktion, Förderung hochrangiger Bildungs- und Forschungsstätten außerhalb der Großstädte, Transportkostenaufschläge und Verteuerungen für Importwaren, die auch in unsren Regionen herstellbar sind, Abschaffung von bürokratischen und haftungsrechtlichen Hürden, die ehrenamtliches Bürgerengagement blockieren usw., usf. Regionalgeldinitiativen zusammen mit Sparkassen und Volksbanken vor Ort könnten völlig neue Geschäfts- und Finanzierungsideen ermöglichen. Und es braucht Mut, Fleiß und Fantasie um zu Problemthemen Bürgerversammlungen abzuhalten, Bürgerdialoge zu pflegen, um Mitarbeit zu bitten und bessere Vorschläge auch anzunehmen.

Die deutschen Kommunen haben keine geringere Aufgabe, als sich zu verbünden und gemeinsam aufzubegehren gegen jenen längst menschenfeindlich gewordenen Rahmen des Wirtschaftssystems, in welchem nicht nur sie selbst immer weniger Luft kriegen.

Über die Gebrechlichkeit der Demokratie (März 2013)

Über Demokratie sagte Churchill einmal: „Sie ist die schlechteste aller Staatsformen, ausgenommen alle anderen.“ Heute heißt es nur noch: „Hauptsache Demokratie“. Gegenüber der „bösen“ Staatsform der Diktatur, gilt sie als die „gute“. Allerdings wird im Zuge der Globalisierung der Aufklärung bald jede Diktatur zur Demokratie gewandelt sein. Ob dort dann aber wirkliche Freiheit herrscht, steht ebenso auf einem ganz anderen Blatt, wie die Frage, ob die westlichen Demokratien ihren Namen noch verdienen.

Mit gebetsmühlenhafter Verklärung von Demokratie tun wir uns längst keinen Gefallen mehr. Was sich weltweit herausbildet, ist eine Mischform mit demokratischer Fassade und zunehmend diktatorischen Strukturen dahinter. Dabei treten zwei Phänomene in den Vordergrund:

Erstens, die Unterwanderung durch Interessengruppen: - Mit den dubiosesten der 50 Herrschaftsformen, welche das Onlinelexikon Wikipedia aufzählt, ist derzeit diese gefährliche Vermischung im Gange:

- 1.-Kleptokratie, (Mit-)Herrschaft der Korrupten, Beraubung der Gesellschaft mittels Gesetzeslücken, Gesetzesunterlassung und Lobbyisten im Parlament (Bankenrettung, globale Spekulation, Steuerhinterziehung),
- 2.-Oligarchie, (Mit-)Herrschaft weniger, wirtschaftlich mächtiger Konzerne (Energie-, Nahrungsmittel-, Chemie/Pharma-, Versicherungsindustrie, etc.),
- 3.-Technokratie, Regierung nach der Pfeife einäugiger Experten (Wirtschaftsweisse, Bankmanager, Industrieverbände, Sicherheitspolitiker, auch Gewerkschaften),
- 4.-Xenokratie, (Mit-)Herrschaft Fremder, (Goldman-Sachs-Strohänner, Ratingagenturen, „Heuschrecken“),
- 5.-Globokratie, Diktate nicht gewählter, außerstaatlicher Zirkel, (EU-Kommission, IWF, WTO, usw.),
- 6.-Kakistokratie, Herrschaft der Schlechtesten, der Dilettanten (siehe tägliche Nachrichten, „Experten“, etliche Bundes- und Landesminister) oder
- 7.-Mediokratie, Volkslenkung durch Medieneinfluss, Meinungsmache über Fernsehen und Presse (Berlusconi, Murdock, Springer, US-Fernsehen, usw., teilweise auch Stabilisierung des Mainstreams durch Öffentlich-Rechtliches Fernsehen, Werbung).

Zweitens, Erosion und Qualitätsverlust in der Staatsführung durch unfähige, von einer politisch unwissenden Mehrheit legitimierte Hochstapler in der Regierung. Diese Mehrheit

entnimmt unbewusst eine extra vorgefertigte Meinung aus Medien und handelt vorausgeplant. (Siehe 7.-Mediokratie: z.B. Zeitung mit den großen Buchstaben, Chefin ist Duzfreundin der Kanzlerin). Nicht mehr wählen zu gehen, weil man meint, keine Wahl zu haben, nützt nichts. Die jetzige deutsche Regierung wurde von nur 34 % aller Wahlberechtigten (25 % aller Deutschen) gewählt, entscheidet aber über alle. Ein gutes Beispiel dafür, wie die BRD funktioniert, war der Volksentscheid zu Stuttgart-21, wo heute die ganze Sinnlosigkeit und Unwirtschaftlichkeit auf dem Tisch liegt. Was trieb die Mehrheit an, dafür zu stimmen? Es ist doch immer gleich: Erst den Lügen glauben und hinterher kleinlaut staunen. Ist dies Blindheit, Sturheit, Kadavergehorsam gegenüber „meiner“ Altpartei oder demokratische Normalität?

Diese Problematik sahen schon die alten Griechen. Platon warnte vor der „Pöbelherrschaft“ in der Demokratie. Polybios beschrieb die Entartung der Demokratie als 8.-Ochlokratie, als Zerfallsform, in der die Sorge um das Gemeinwohl durch Eigennutz und Habsucht ersetzt ist. Und so IST es doch heute, oben wie unten! In Abwandlung einer Naziparole schreit es: „Du bist nichts, der Wettbewerb ist alles!“ John S. Mill z.B. wollte die „Tyrannei der Mittelmäßigkeit“ mit einem Mehrklassenwahlrecht auf Basis erworbener Bildung verhindern. Nur ersetzt die nicht den gesunden Menschenverstand.

Wer nach einer Lösung fragt, - nun mal rein theoretisch -, findet im Lexikon noch die Beschreibung der 9.-Politie, nach Aristoteles die Herrschaft Vernünftiger und Besonnener, die 10.-Meritokratie, die Herrschaft verdienter Persönlichkeiten und die 11.-Epistokratie, die Herrschaft von Philosophen. Praktisch hilft uns das nicht weiter, wenn auch der Vorschlag von Immanuel Kant nach einem Nebeneinander von Gewählten und Philosophen ganz reizvoll erscheint.

Vielleicht wäre die Schaffung einer vierten, bewahrenden Staatsgewalt die Lösung, die ähnlich dem Bundesverfassungsgericht Gesetze kippen kann. Sie könnte alle Regierungsvorhaben auf Gesellschafts- und Zukunftsauswirkungen hin überprüfen und so effektiv verhindern, dass eine gewählte aber unfähige Regierung Schaden anrichtet.

Über die kommende Diktatur (April 2013)

Im letzten Artikel war von zwei Gefahren für die Demokratie die Rede, welche deren ursprünglichen Sinn und Wert aushebeln: Die Unterwanderung durch einflussreiche und nicht gewählte Interessengruppen und der faktische Kompetenz- und Qualitätsmangel in Regierung und Opposition. Ein dritter Aspekt diktatorischer Zustände bleibt noch zu erwähnen. Anders als die ersten beiden wirkt diese dritte Form nicht mehr unmittelbar durch Personen oder Gruppen, sondern als verselbstständigte Dynamik fahrlässig geschaffener Zustände.

Wie ich schon in früheren Beiträgen beschrieb, zieht im gegenwärtigen Wirtschaftssystem alles was wir tun gewünschte und auch ungewünschte Folgen nach sich. Letztere aber, - und das wollen Politiker entweder nicht wahr haben oder es ist ihnen egal -, fallen fast immer sehr viel drastischer aus. Trotzdem werden sie in Rechnungen über den gesellschaftlichen Handlungsnutzen überwiegend ausgeblendet (externalisiert), damit die Wachstumsideologie positiv präsentiert werden kann. Weil so jeglicher Anreiz, negative Folgen zu verhindern unterbleibt, kann der Klotz folgenswerer Verhältnisse sich immer weiter auftürmen.

Unser Alltag wird zunehmend zur notgedrungenen Krötenschluckerei:

Wegen Regierungen, die zur nachhaltigen Haushaltsführung unfähig waren, wälzt Deutschland einen gigantischen Schuldenberg vor sich her, der uns Jahr für Jahr fast 70

Milliarden Euro vernichtet.

Weil Banken den gesicherten Boden eines Vollgeldsystems für Luftgeschäfte verlassen durften und der stümperhaft eingeführte Euro alle finanziellen Puffermöglichkeiten in Europa zerrissen hat, werden zur „Rettung“ des Reichtums globaler Zocker neben Steuern bald auch unsere Ersparnisse pflichtverwendet werden müssen.

Weil früher schon die Stromlobby Energiepolitik machen durfte und viele Hundert Milliarden in die Sackgasse Atomwirtschaft flossen, haben wir heute noch keine unabhängige und kostengünstige Stromversorgung.

Die exzessive Plastikherstellung hat zur flächendeckenden Vermüllung des Planeten geführt und zur oft tödlichen Zwangsevolution von allem, was darauf krecht und fleucht.

Mit dem Absatz von Antibiotika an die Landwirtschaft führt die Pharmaindustrie die Welt in eine Zukunft totaler Bakterienresistenz, in eine Medizin wie im 19ten Jahrhundert.

Weil die Energieindustrie fest in der Regierung sitzt, werden auch in Deutschland zur Gasgewinnung bald Chemikalien in den Untergrund gepresst und das Grundwasser anhaltend vergiftet.

Weil der kalte Wettbewerb unserer Ökonomie wie eine Art von Ausbeutungskrieg gegen Menschen und Länder wirkt, bleibt die Welt stets, in Sieger und Verlierer aufgeteilt, ein Pulverfass.

Hunderte solcher Beispiele könnte man noch nennen, wo nach kurzsichtiger und geschichtlich besehen strohfeuerhafter Geschäftemacherei schlimme Verhältnisse übrig bleiben. Diese wirken auch dann noch, wenn die „feinen Herren“ und ihre politischen Freunde längst in Pension oder im Grab sind. Je mehr sich diese Verhältnisse summieren, desto dramatischer schwinden unsere Gestaltungsspielräume und damit unsere Freiheit. Fast ist es wie bei Goethes Zauberlehrling, der aus Selbstüberschätzung und Unvermögen ein heilloses Chaos anrichtet. Nur, in unserem Falle kommt am Ende kein Zaubermeister, der den Spuk beendet.

So befinden wir uns auf dem langen Marsch in die Diktatur der selbst geschaffenen Verhältnisse. Kein kühner Tyrannenmord und kein Eingriff einer „guten“ Macht von außen wird da helfen. Diese Diktatur der Verhältnisse wird an uns haften wie eine verbrannte Haut, ohne dass es noch gesunde Gabe, die man verpflanzen könnte. Wer dagegen radikale Maßnahmen und Wendungen fordert, wird behindert und als Wortführer einer Ökodiktatur beschimpft, bezeichnenderweise von jenen, deren Klientel an der Schaffung der Diktatur der Verhältnisse am besten verdient.

Die Frage ist: Was wollen wir denn eigentlich, kurze Effekte, Konsum, Status und Trallala sofort, oder eine freie und friedliche Zukunft? Da das eine das andere ausschließt, müssen wir uns endlich entscheiden. Die nächste Gelegenheit dazu wäre die Bundestagswahl im Herbst. Wenn auch derzeit keine Partei in Sicht ist, die ein menscheitsverträgliches Wirtschaftssystem im Programm hat, müssen wir trotzdem überlegen, wie wir statt einer abermaligen Absegnung parlamentarischer Beschränktheit eine Denkmittelwahl organisieren könnten. Zumindest unseren Kindern sind wir dies schuldig.

Über das Geldsystem, Teil 1, Geld aus dem Nichts (Mai 2013)

Beim Thema Rolle des Geldes in der Gesellschaft und den großen Spielregeln darum, blicken die meisten von uns nicht durch. Wir neigen dazu, manchmal kopfschüttelnd, die Politik hier machen zu lassen, auch wenn die wichtigsten Fragen von dort gar nicht beantwortet werden. Wieso etwa kann denn Geld in so ungeheuren Summen, wie während der sogenannten Bankenkrise, einfach verschwinden? Hat es jemand angezündet oder zum Mond geschossen?

Geld kann wertlos werden, soviel verstehen wir, nur braucht es dafür eine Hyperinflation wie in den 1920er Jahren. Überdurchschnittliche Inflation allerdings hatten wir während der Finanzkrisen der letzten 6 Jahre nicht. Wieso verschuldet sich ein Staat mittels Staatsanleihen bei privaten Geschäftsbanken, um die Zinsen für jene Schulden zahlen zu können, die er dort hat? Ja noch absurder: Er verschuldet sich bei eben jenen Banken, die er „retten“ muss, um sie retten zu können. Wer hat da Schulden bei wem?

Ja: Wer macht denn überhaupt das Geld? Hierzu befragte ein britischer Ökonom kürzlich tausend Frankfurter. Ergebnis: 84 % meinten, dass die Regierung oder die Zentralbank das Geld produzieren und verteilen. Eine andere Frage, „Würden Sie einem System zustimmen, in dem die Mehrheit der Geldmenge durch meist private, auch profitorientierte Unternehmen produziert und verteilt wird und nicht durch staatliche Organe“, beantworteten 90 % der Befragten mit nein, dies würden sie ablehnen.

Doch genauso IST es. Nur 9 % des Geldes in der Eurozone wird von den Notenbanken in Form von Münzen und Scheinen geschaffen. Die anderen 91 % sind sogenanntes Giralgeld oder Buchgeld und existieren nur auf dem Papier oder im Computer. Dieses Geld machen die Banken, ob Deutsche Bank, Sparkasse, Volksbank oder andere, gewissermaßen aus dem Nichts, sobald sie Kredite vergeben. Trotzdem hat es den gleichen Wert wie jenes greifbare Geld in unserem Portemonnaie.

Ein Beispiel: Herr A will von Herrn B ein Haus kaufen und nimmt bei seiner Hausbank einen Kredit über 150.000 Euro auf. In diesem Moment erst entsteht die Summe, einerseits als Schuld für Herrn A und andererseits als überwiesener Betrag auf dem Konto von Herrn B. Die Bank muss zur Schaffung dieses Geldes lediglich 3 % der Summe mit Zentralbankgeld unterlegen, d.h. als eingezahlte Einlagen von Sparern im Tresor haben, oder bei der Zentralbank leihen. Derzeit zahlt sie für diese 3 % ca. 1 % Zinsen, also $-(0,03 \times 150.000 \times 0,01) = -45$ Euro pro Jahr. Sie verdient damit aber, bei 6 % Kreditzins im ersten Jahr 8955 Euro $(0,06 \times 150.000 - 45)$ und über die Kreditlaufzeit zwischen 50.000 und 100.000 Euro. Wenn Herr A sein Darlehen zurückbezahlt hat, sind die 150.000 wieder verschwunden.

Allerdings ist der private Hauskauf von Herrn A ein harmloser Standardfall. Im heutigen internationalen Bankengeschäft bleibt es längst nicht mehr so übersichtlich. Weil Aktionäre, Boni-gierige Vorstände und Hedgefonds von ihren Banken Action sehen wollen, wird zum Zocken mit dem Buchgeld höchstes Risiko gefahren. Passend zum Geldsystem und inspiriert durch niedrige Zentralbankzinsen erfanden viele Banken massenhaft neue sogenannte Finanzmarktprodukte. Es kam weltweit zu wundersamen Geldvermehrungen, zu Verkäufen von Luftkrediten an unbedarfte Anleger und andere Banken und dann zum Platzen der Sache. Die „Rettung“ von Europas Banken kostete die Steuerzahler bisher 1.600 Milliarden Euro.

Jetzt, nach erster Immobilien- und Bankenkrise, mitten drin in der Eurokrise und im Vorfeld der noch kommenden Staatsschuldenkrise, will die Politik nun was tun. Statt aber das ganze System endlich auf gesunde Füße zu stellen, sollen es ein bisschen mehr Regulierung und ein bisschen mehr Aufsichtsbürokratie richten.

Nur: Erstens blickt die Politik mit ihren wirtschaftsideologischen Scheuklappen selbst nicht durch. Zweitens würden die mächtigen Akteure bald neue Abzockmethoden und Hintertürchen finden. Drittens haben die Banken mit Strohmännern in und hinter der Regierung längst vorgesorgt, um zuverlässig zu verhindern, dass ihrer Klientel die großen Profite entgehen.

Mit bloßer Regulierung ist es nicht getan ist. Es liegen noch ganz andere Dinge im Argen. Mehr dazu demnächst: Über das Geldsystem Teil 2.

Über das Geldsystem, Teil 2, Vollgeld und Freigeld (Juni 2013)

Das eigentliche Bankgeheimnis ist, so war hier im ersten Teil zu lesen, dass das Geld in Deutschland, wie auch in anderen Volkswirtschaften, zu 91 % von privaten Geschäftsbanken erzeugt wird. Dies garantiert ihnen natürlich gigantische Gewinne und eine mächtige Position gegenüber jedem, der Kredit braucht, ob Privatleuten, Betrieben oder auch dem Staat. Diese unterwerfen sich dem knechthaften Zustand, als wärs ein unabänderliches Gottesdiktat.

Auf unsere Ersparnisse bekommen wir deshalb so wenig Zinsen, weil diese von der Bank für deren Kreditvergabe gar nicht gebraucht werden. Althergebrachte Bankendienste sind bei vielen Instituten offenbar zur lästigen Pflicht geworden. Mit 8 Euro Kontogebühren im Monat nötigt man die Kleinsparer ins Onlinebanking und spart das Personal für ihre Betreuung. Wesentlich lukrativer ist es doch geworden, Risiko- und Luftblasengeschäfte zu erfinden, und wenn's schief geht, von den Politikern aus „Rettungsschirmen“ Steuerzahlergeld zu kassieren. Welch grandiose Geschäftsidee.

Was aber wäre die Alternative zum jetzigen Geldsystem?

In einem Vollgeldsystem würde der Staat nicht 9 % des Geldes schaffen, sondern 100 %. Jahr für Jahr könnte er der Produktivität entsprechend inflationsneutral neues Geld in die Volkswirtschaft bringen. Der Gewinn käme komplett den öffentlichen Haushalten, statt den Banken und deren Aktionären zugute. Einen Teil könnte man auch in Infrastrukturprojekte stecken, bestimmten Betrieben zinsfrei leihen oder gar, wie die Gründungskredite der chinesischen Staatsbank, unverzinst verschenken.

Geschäftsbanken müssten verzinsliche Darlehen beim Staat aufnehmen, und Spekulationsgeschäfte wären dann unrentabel. Das Schuldenmachen des Staates über Staatsanleihen wäre überflüssig. Alle Spareinlagen wären von echtem Geld gedeckt und völlig sicher, anders als Kanzlerin Merkels Bluff, Spareinlagen bis 100.000 Euro seien garantiert. Im Ernstfall ist dieses Geld gar nicht vorhanden.

Im Freigeldsystem sind normale Zinsen abgeschafft. Ja das Geld unterliegt sogar einem künstlichen Verfall, sobald es jemand horten will. Diese mächtige Art von Umlaufsicherung garantiert rasche konjunkturelle Wirkungen und einen vervielfachten Ertrag für die Gesellschaft. Neben Regionalgeldmodellen, gab es Freigeld allerdings nur in Krisenzeiten, wo sie dann aber für erstaunlichen wirtschaftlichen Aufschwung inmitten bitterer Not sorgten, wie etwa in Wörgl/Österreich während der Weltwirtschaftskrise 1932. Das Experiment wurde leider nach 14 Monaten von ganz oben verboten. Heute garantiert Freigeld in ärmeren Ländern vielen wirtschaftlich abgehängten Menschen ein minimales Auskommen. In Deutschland könnte die Wiedereinführung der D-Mark als Freigeld und Zweitwährung neben dem Euro beim möglichen Zusammenbruch des Finanzsystems die Grundversorgung sichern.

Warum aber erdenken Regierung und Opposition nur zahnlose Reförmchen und heiße Luft zur Beruhigung der Wähler? Warum kehren sie nicht radikal um zu stabilen wirtschaftlichen Verhältnissen, wie sie vor 1980 noch herrschten, also vor den Deregulierungsorgien von Ronald Reagan und Margret Thatcher, aber auch vor jenen der schwarz-gelben Kohl- und der rot-grünen Schröder-Regierung?

Einfache Antwort: Weil die großen Banken das nicht wollen! (Hierzu aus der Globalisierungsstudie der Technischen Hochschule Zürich: Weltweit gibt es 37 Millionen Unternehmen. Von diesen agieren 48.000 weltweit. Von diesen sind 1300 wiederum intensiv durch Aufsichtsrats- und Vorstandsposten, Aktienbeteiligungen, Verpflichtungen und Seilschaften miteinander verflochten. 147 Unternehmen dieser 1300 wiederum geben den Ton

an und kontrollieren 80 % der globalen Wirtschaft, - ja und die 50 einflussreichsten jener 147 sind Banken.)

Diese können sich natürlich auch in den relevanten Parteien Europas auf Leute verlassen, die in ihrem Interesse agieren, wie den CDU-Politiker Michael Fuchs beispielsweise, der im April noch sagte, Bankenregulierung wäre umsonst, wenn Großbritannien und die USA nicht mitmachten. Dort, das muss man wissen, ist der Bankensektor die treibende Kraft der Konjunktur, während dies in Deutschland die mittelständische Wirtschaft ist. Diese aber leidet unter dem Geldsystem ebenso wie die Sparer und die ganze Volkswirtschaft. Damit erweist sich der Finanzglobalisierungs-Fan Fuchs, neben anderen ideologischen Maulwürfen in den Altparteien, auch als Barendienstler an den kleinen und mittleren deutschen Unternehmen.

Über Verschwörungstheorien (Juli 2013)

Kürzlich bestätigte sich, was lange schon vermutet wurde: Der US-Geheimdienst NSA hat die Nase in die gigantischen Datenbestände der großen Internetfirmen wie Facebook, Google, Microsoft, Apple und anderen gesteckt, und spioniert auch ganz normale Bürger außerhalb der USA aus. Im Deutschlandradio hieß es, jetzt habe sich diese „Verschwörungstheorie als Wahrheit herausgestellt“. Bemerkenswert ist dies insofern, als besonders die öffentlich-rechtlichen Medien, neben der liberal-konservativen Presse, jeden ungewöhnlichen Erklärungsansatz als Verschwörungstheorie zurückweisen.

Anlässlich des Attentats am 11. September 2001 in New York, als die Türme des World-Trade-Center zusammenfielen, kam der Verdacht auf, die US-Regierung selbst könne hier nachgeholfen haben, um ein neues Feindbild aufzubauen. Schnell erklärten die größten deutschen Medien, dies sei eine haltlose Verschwörungstheorie.

Wie fragwürdig und zahnlos der Begriff in Wahrheit ist, wird gut in einem Text von Andreas Popp deutlich: Das Wort Verschwörungstheorie sei ein Paradebeispiel dafür, wie wenig wir uns noch über die eigentliche Bedeutung etlicher Vokabeln Gedanken machen, und wie leicht dann solch ein verwässerter Begriff gekapert und von Interessengruppen zur Diffamierung ihrer Kritiker genutzt werden kann.

Zusammengesetzt ist der Begriff aus Verschwörung (laut Wörterbuch: „gemeinschaftliches Wirken zu einem geheimen, illegalen oder illegitimen Zweck“) und Theorie („Modell der Realität, welches auf Beobachtungen, Indizien bzw. Prognosen basiert“)

Demzufolge sind auch Eltern, die ihren Kindern vom Weihnachtsmann erzählen, genaugenommen Verschwörungstheoretiker. Wenn vor den Ferien wie auf Kommando an sämtlichen Tankstellen die Benzinpreise steigen und wir wieder mal geheime Absprachen der Ölkonzerne vermuten, sind wir ebenfalls Verschwörungstheoretiker.

Die über 1000 Architekten und Ingenieure der Vereinigung „Architects & Engineers for 9/11 Truth“, deren Ansicht nach die Türme am 11. September nur mittels gezielter Sprengung derart zusammen fallen konnten, sind zwar Verschwörungstheoretiker, aber nicht mehr als die US-Regierung selbst. Diese konnte auch nur mittels gesammelter Indizien und Teilbeweisen aufzeigen, dass eine Bande um einen gewissen Osama bin Laden die Drahtzieher gewesen seien.

Die letztere Verschwörungstheorie allerdings, - und dies ist der eigentliche Unterschied -, kommt von „unseren amerikanischen Freunden“, jener übermächtigen Interessengruppe jenseits des Atlantiks und „MUSS“ deshalb wahr sein.

Ebenso: Warum haben ARD und ZDF die Ausstrahlung der Dokumentation Deadly Dust des Filmemachers Frieder Wagner abgelehnt, in der es um großflächige radioaktive

Verseuchungen und Strahlenopfer im Irak durch den Einsatz amerikanischer Uranmunition geht? Wäre es keine Verschwörung, wenn jene Funktionäre aus CDU, SPD und FDP, welche die deutschen Medienanstalten mehrheitlich kontrollieren, den Zuschauern und Hörern systemgefährdende Informationen vorenthielten?

Wieso kommen nicht endlich deutliche Worte zum nutzlosen Herumdoktern europäischer Politiker an der Multikrise? Warum werden der Öffentlichkeit die vernünftigeren Alternativen zum jetzigen Wirtschaftssystem vorenthalten? Warum wird gegen die Ursache der Extremwetter, also den Klimawandel, nichts Wirksames unternommen? Warum erscheint die zukunftszerstörende Clique um Gummibärchen Angela Merkel noch immer so unantastbar?

Stattdessen kommen noch Verschwörungsleugner daher, die besonders in großen Zeitungen ständig betonen müssen, ein Ereignis sei NICHT das Ergebnis einer Verschwörung. Ihr feiger Objektivitätszwang, bzw. ihr lächerlich opportunistisches Realitätsmodell behindern massiv jedes gesamtgesellschaftliche Vorankommen.

Die Nichtverschwörungstheoretiker schließlich vermuten kindlich naiv eine rundum heile Welt ohne Hinterhältigkeiten von Interessengruppen. Bislang ließen sie sich leicht lenken mit Werbung, Mode und dem Glauben, Bundestagsabgeordnete hätten tatsächlich das Wohl des Volkes im Sinn. Doch immer häufiger bejahen auch sie die Theorie, dass Politiker insgeheim illegitime Ziele verfolgen, zuvorderst also ihre eigene Karriere, das Festklammern am zerfallenden Wirtschaftssystem, den Profit der Konzerne und die Platzierung ihrer Partei im Sinn haben. Damit aber werden auch sie zu Zweiflern und Verschwörungstheoretikern.